

Zeitschrift: Die Berner Woche
Band: 35 (1945)
Heft: 43

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 28.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kommission für auswärtige Angelegenheiten...

-an- Manchmal möchte man ein wenig sicherer wissen, was hinter den Kulissen unserer Aussenpolitik alles geschieht. Der grosse Haufe natürlich ist gar nicht neugierig. Denn erstens ist niemand auf dem Laufenden, zweitens gibt es nur wenige Leute, die den Zusammenhang zwischen den sporadisch bekannt werdenden Ereignissen ersten oder xten Ranges herzustellen vermögen, und drittens gibt es dringliche Privatsorgen, die immer vor den öffentlichen gehen. Vielleicht entsprechen sich die Zugehörigkeit unserer aussenpolitischen Stellen und die mässige Anteilnahme des Volkes an den immerhin wichtigen Geschäften, welche unser Aussendepartement an der Hand hat. Vielleicht bedingen sie sich gegenseitig. Und es könnte erst dann anders werden, wenn ein wacheres aus-

senpolitisches Interesse zustande käme. Denn dass von der Behörde aus etwas getan werde, um dieses allgemeinere Interesse zu fördern, wäre wohl wünschenswert, ist aber kaum zu erwarten.

In der «nationalrätlichen Kommission für auswärtige Angelegenheiten» ist nach einer Agenturmeldung neuerlich wieder über den Stand unserer Beziehungen zur Sowjetunion gesprochen worden. Anwesend war Herr Bundesrat Petitpierre, ferner Herr Minister Stucki. Ueberlegt man eigentlich in dieser Kommission, überlegt man in der Agentur, was für Reaktionen beim Zeitungsläser entstehen, wenn er liest: «Die Kommission tagte am 18. und 19. Oktober. Gesprochen wurde — usw. Und damit basta.» Die allermeisten Leser sagen sich: Also hat sich nichts Neues ergeben. Alles bleibt, wie es war — Aussichten gibt es keine neuen... Im übrigen wendet man die Augen mit leichtem Unmut ab und sagt sich, dass man ja doch nie etwas vernehme, bis das fait accompli fix und fertig sei und jede Mitwirkung der öffentlichen Meinung auf den Gang möglicher Verhandlungen ausgeschaltet bleibe. Vielleicht, dass einer überlegt, wie schliesslich der Bericht über die Berner Verhandlungen mit den Russen schliesslich doch herauskam — und dass *inzwischen ein Abkommen mit den Russen über die Heimschaffung unserer Landsleute aus den russisch-besetzten Gebieten zustande gekommen*. Aber in ein Gesamtbild hinein können wir diese Einzelheiten doch nicht stellen.

Es geht uns ähnlich in der Frage der deutschen Gut-
haben in der Schweiz. Was wissen diese wohlunterrichteten Alliierten, die lange Listen über die mit Deutschland zusammenarbeitenden Firmen aufgestellt haben, von den durch Tarnungen bei uns versteckten Summen? Was beanspruchen sie alles? Inwiefern will der Bundesrat die Interessen unserer geschädigten Mitbürger befriedigen, bevor er den Alliierten ein Zugriffsrecht zugestehet? Alles Fragen, die den nicht interessieren, der nicht selbst «Strohmann» — oder Geschädigter ist; die dem Problem gegenüber sehr grosse passive Mehrheit verlangt auch nichts Genaueres zu wissen, und darum bleibt es beim Bericht, dass in der genannten Kommission von der Sache gesprochen wurde — «in der Kommission für alle...»

Ebenso muss man sich trösten, dass immerhin vorläufig diese Kommission vernimmt, was in der *Budapester Gesandtschaftsgeschichte* herausgekommen, bis «zu gegebener Zeit» der Bundesrat das Volk unterrichten wird.

Hart auf Hart

Während des letzten Kriegsjahres wurde die Formel aufgebracht, *Moskau versuche, in seinen Nachbarstaaten Regierungen ans Ruder zu bringen, die ihm freundlich gesinnt seien* — und dieses Bestreben sei zu verstehen. Denn Russland sei überfallen worden und wünsche, Wiederholungen seiner Erfahrungen mit Finnland und Rumänien zu verhindern. Als Moskau darauf in Polen, Ungarn und Bulgarien nach derselben Methode voringing und Kriegsregierungen wählen liess, fand man daran zwar einen schwarzen Faden, schien aber doch nicht protestieren zu wollen. Eine Ausnahme machten die Benesch-Regierung, die nach Prag zurückkehrte, ohne je von den Westalliierten «bezwiegt» worden zu sein, ebenso die Tito-Schubaschtsch-Regierung in Belgrad, die als ein Kompromissgebilde sowohl den Russen als den Angelsachsen genehm zu sein schien.

Man möchte gern hinter die Kulissen schauen und alle Vorgänge und Erfahrungen verfolgen können, welche seit dem Zusammenbruch Deutschlands zur *veränderten Ein-*

Wir erinnern uns

1941:

20. Oktober. Berlin meldet das Ende der Doppelschlacht von Briansk-Wjasma, 648 000 Gefangene und damit die Vernichtung der Armee Timoschenkos, welche Moskau im Südwesten deckte.

23. Oktober. An der Moskauerfront übernimmt der Artilleriespezialist General Schukow, der künftige Eroberer Berlins, das Kommando. Radio Moskau proklamiert Ende der Rückzüge. Kuibbyschew (Samara) wird zur russischen Kriegshauptstadt.

26. Oktober. Die Deutschen erobern Charkow.

28. Oktober. Es werden totale Massnahmen zur Deportierung aller deutschen Juden nach Polen bekannt. Die Welt ahnt nicht, dass dies die Ueberführung in die damit die Vernichtung der Armee Timoschenkos, welche deutet.

1942:

24. Oktober. Die Schlacht von El Alamein beginnt. Die britische Führung proklamiert einen langen und zähen Kampf.

28. Oktober. Mit dem amerikanischen Angriff auf Guadalcanar beginnt die grosse Offensive der Alliierten zur See gegen Japan.

1943:

22. Oktober. Zwischen Dnjepr und Krim beginnt der russische Angriff zur Durchstossung der deutschen Sperrstellung beiderseits Melitopol und zur Abschneidung der Krim.

25. Oktober. Melitopol fällt.

27. Oktober. Die deutsche Front hinter dem Dnjepr ist völlig zerschlagen. Dnjepropetrowsk und Dnjeprderschinsk fallen. Der konzentrische Vormarsch auf Kriwoj Rog beginnt.

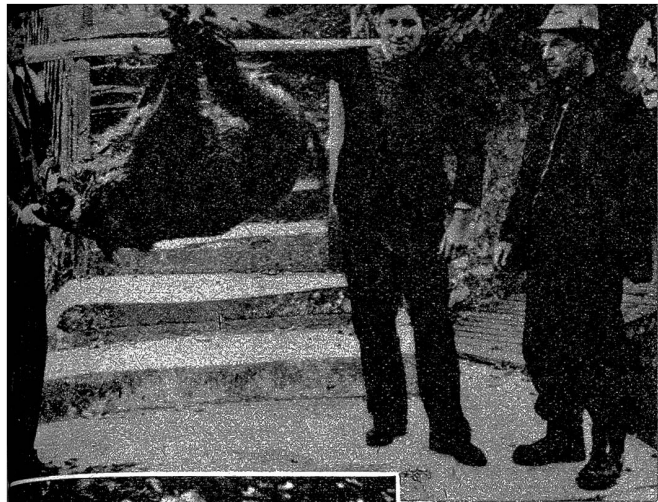
1944:

20. Oktober. Die Amerikaner landen auf den Philippinen.

24. Oktober. Die Armee Montgomery dringt bis an die Scheldemündung vor.

27. Oktober. S'Hertogenbosch fällt. In Norwegen erscheinen russische Verfolgungstruppen, nachdem die Nickelgruben bei Petsamo in ihre Hand gefallen sind.

28. Oktober. In der grossen Seeschlacht bei den Philippinen erleiden die Japaner ihre bisher schwerste Niederlage.



Rechts: Dieser Tage konnten im Kreise ihrer elf Kinder und den Enkeln die Eheleute Anna Elisabeth und Fritz Mosimann-Schär in Bern das Fest der diamantenen Hochzeit begehen. Die Jubilare, einfache Arbeiterleute, erfreuen sich bester körperlicher wie geistiger Gesundheit (ATP)



Die «Inkonstanz der Demokratien»

ist das Gespenst, welches die führende Schicht in Moskau fürchtet. Stalin und sein Kreis sagen sich: Nach einem Churchill könnte wieder ein Chamberlain folgen — nach einem Attlee aber — wer? Warum nicht ein Fascist? Die «Demokratie» ist in ihren Augen ein chaotisches Gebilde, welches bald die, bald jene Spielart von Politikern obenauf treibt. Der herrschende Kapitalismus in diesen Staaten werde, ganz unabhängig davon, ob es sich nun um das deutsche Reich oder einen andern Weststaat handelt, in Krisenzustände fallen und zu jenem altbekannten Mittel greifen, das auch das zaristische Russland gekannt: Zur aggressiven Aussenpolitik. Wer weiss, welchen Condottiere er in England auf den Schild erhebt, um den Krieg vorzubereiten? Wie wird morgen der britische Hitler heissen? Dasselbe, so mutmasst man in Moskau, wird in Frankreich, vor allem aber in USA der Fall sein: Die «Kontinuität» von Roosevelt zu Truman könnte jäh abbrechen, die Oel- und Stahlmagnaten könnten einen höchst eigenen «Fascismus» grossziehen, um die sozialen Bewegungen im Blut zu ersticken und die überflüssigen Volkskräfte in einem aussenpolitischen Abenteuer zu verbrauchen, von den ewigen Profitinteressen dieser Kreise an einem Kriege zu schweigen! Angesichts dieser Inkonstanz der westlichen politischen Richtungen aber, so denkt man im Kreml, müsse sich Russland zum wenigsten in seiner nächsten Nachbarschaft etwas «Konstantes» sichern. Regierungen, die auf keinen Fall einen andern als den russischen Kurs einschlagen werden! Auf keinen Fall den Gedanken begeben, auch in einer antirussischen Koalition figurieren zu können!

Man muss einmal diese russischen Gedankengänge, so dogmatisch sie sein mögen, so wenig psychologisch sie uns erscheinen und so wenig sie der Wirklichkeit entsprechen, ganz klar herausarbeiten. Erst dann versteht man, warum in London die beidseitigen Forderungen so scharf aufeinander gestossen, und weshalb es seit dem Abbruch der Ministerkonferenz hart auf hart geht. Lügen die Spitzen der russischen Interessenzonen nicht so dicht an der britischen Lebensader, an der Mittelmeerroute, (die auch zur künftigen Route der Amerikaner nach den levantinischen Petrolfeldern geworden), England würde sich bestimmt nicht mit derselben Energie gegen die russischen Versuche einer Verewigung der Russenfreundschaft im Donau-Balkanraum wenden. Dass die zwei Tatsachenkomplexe: Moskaus Bestreben, einen sichern Ring mit unveränderlichen russenfreundlichen Regierungen zu schaffen, Englands Bestreben, die russische Aktionsphäre von der Mittelmeerroute zurückzudrängen, in dieselben geographischen Bereiche fallen, das hat die Problematik der internationalen Beziehungen so erhöht.

Gleichzeitig muss man folgendes feststellen: USA haben eine Beteiligung der Russen an der Besetzung Japans rundweg abgelehnt. In Japan, Wladiwostok und der Fernostküste gegenüber, stehen also auf Jahre hinaus die auf modernste ausgerüsteten amerikanischen Divisionen und die Flotten beider angelsächsischen Mächte. Japan selbst stellt sich politisch um, organisiert sich unter liberal-sozialistisch orientierter neuer Führung, wird zur wirtschaft-

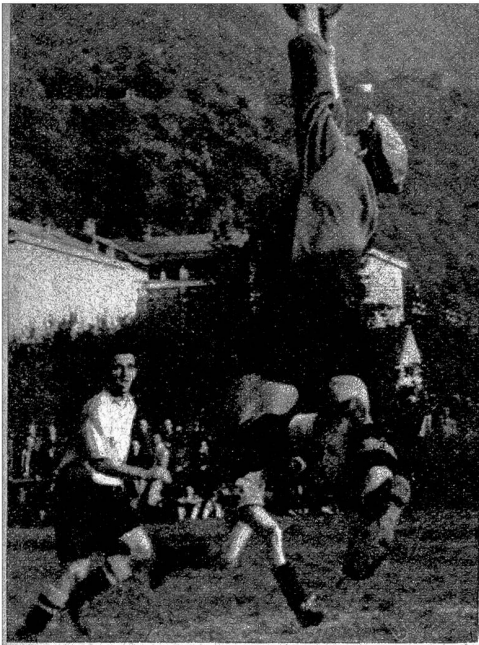
In der Gegend von Romanshorn sichteten Jäger Wildschweinspuren, ohne das Tier selbst sichten zu können. Zufällig entdeckte dann ein Fischer das Tier im Bodensee, wo es wegen des Nebels das Ufer nicht mehr fand. Drei Ruder wurden auf dem Kopfe des Wildschweines zerschlagen, ehe es ans Land gezogen werden konnte. Ausgeweidet wog dieses auf so seltsame Weise erlegte Tier 55 Kilogramm

← Im „Kainiz“ ob den Reben von Biel-Benken ist im Walde dem Dichter-Pfarrer Friedrich Oser eine Gedenktafel gesetzt worden. Von Friedrich Oser stammen die Texte einer ganzen Reihe der bekanntesten und beliebtesten Schweizerlieder, so auch „Das weisse Kreuz im roten Feld“

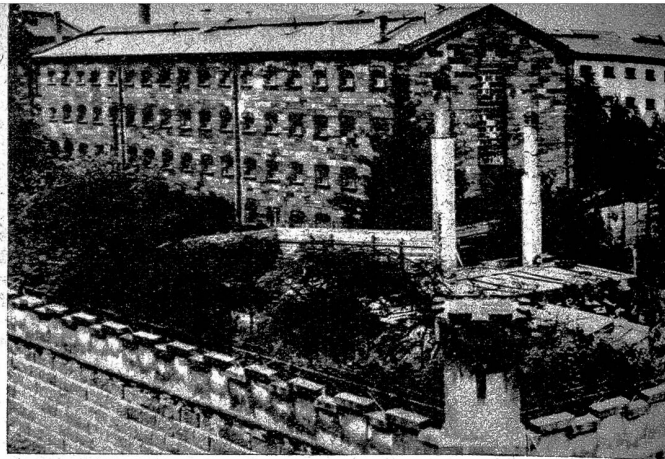


stellung der Westmächte gegenüber diesen «Befreiungsregierungen» geführt haben. Es ist nie klar gesagt worden, ob in Jalta Abmachungen getroffen wurden über das künftige Regime in den zu befreienden Staaten, oder ob die Russen darin freie Hand hatten und heute mit Recht behaupten dürfen, sie seien bei der Linie geblieben, die vereinbart war — wer aber «umgestellt» habe, seien die andern.

Wer nicht vergisst, was die Russen zur Sicherung der neuen Linie» bewogen hat, wer sich überlegt, dass ihnen einmal das Recht zugebilligt wurde, für einen Kurs zu sorgen, der von Finnland bis an die Adria «pro-russisch» sei, der kann sich nicht wundern über den Widerstand Moskaus gegen jede Entwicklung, die «antirussische» Mehrheiten ins Ruder bringen könnte. Um diese Sorge der Russen geht es. Und es sind Dinge ältern Datums, welche diese Sorge begründen. Nach dem ersten Weltkriege haben vier konterrevolutionäre Armeen, von den Engländern und Franzosen finanziert, den russischen Boden heimgekehrt und einmal einen Punkt erreicht, der ebenso nahe bei Moskau lag wie seinerzeit die deutsche Invasionsspitze. 1918 aber gaben die Westmächte in München die Tschechoslowakei, Russlands Verbündeten, preis und liessen Hitler glauben, dass ihm der Weg gegen Russland geöffnet worden sei. Und — Moskau glaubte es auch. Glaubte überdies nie etwas anderes, als dass sogar Churchill, der Verbündete im jetzigen Kriege, morgen oder übermorgen auch wieder anders könne. Hiess nicht der Mann, welcher schon an der Versailler Friedenskonferenz zum gemeinsamen Feldzug gegen Russland und zur «Aushebung der Bolschewiki» aufforderte. Winston Churchill?



Die Fussballanhänger der tessinischen Kantonshauptstadt erlebten die grösste Überraschung der sechsten Meisterschaftsrunde mit: in einem begeisterndem Spiel schlug die Mannschaft von A. C. Bellinzona die bis dahin unbesiegten Berner Young Boys (Schweizercupmeister 1945) gleich mit 4:0 Toren! Glur, der „internationale“ Torhüter der Young Boys, der hier einen der zahlreichen Torschüsse sicher abfängt, erwies sich bei flachen Schüssen nicht so erfolgreich (ATP)



Oben rechts: Kriegsverbrecher-Prozess in Nürnberg. Die erste öffentliche Sitzung des alliierten Gerichtshofes, welcher sich mit der Aburteilung der 24 Hauptkriegsverbrecher Deutschlands befasst, hat den Beginn des Monstre-Prozesses auf den 20. November 1945 festgesetzt. Bis dahin „residieren“ die 24 Angeklagten, denen die Anklageschrift bereits überreicht wurde, im Nürnberger Gefängnis, das unser Bild zeigt (ATP)



Die Unterkunftsverhältnisse in Berlin sind nach wie vor katastrophal, und immer noch erreichen täglich Tausende von Obdachlosen und Heimatlosen aus den Ostgebieten Deutschlands einstige Hauptstadt. Am Anhalter Bahnhof warten täglich Tausende dieser unfreiwilligen Nomaden auf ihre Weiterbeförderung (ATP)

lichen Basis für eine solche amerikanische Armee, Flotte und Luftflotte. Für ein misstrauisches Moskau sieht dies alles genau nach «Einkreisung» aus.

Symptome russischen Misstrauens lassen sich an Hand der täglichen Zeitungsmeldungen zu einem wahren Rosenkranz aufreihen. Seit Molotow London verlassen, schweigt man in Moskau und handelt überall negativ, und selbst anscheinend positive Massnahmen erweisen sich als gegen die Zusammenarbeit gerichtet. Es sieht so aus, als ob Stalin demonstrieren wolle: Entweder man lässt Russland seine Einflusszone so organisieren, wie es seine Sicherheit erfordert, oder Russland wird sich isolieren und Massnahmen gegen jede Eventualität treffen. Entweder leistet der Westen bald einmal den Beweis, dass die in San Franzisko vorgesehene «Weltsicherheit» so untermauert wird, dass Russland seine besondern Vorsorgen einstellen kann, oder es gibt nur noch separate Friedenssicherungen, mögen sie aufgefasst werden wie sie wollen. Zur «Friedenssicherung» zählt aber Stalin ganz offenbar auch das Recht, das er sich herausgenommen, als es noch keine Charta von San Franzisko gab: Organisation des Raumes bis zur heutigen Demarkationslinien nach russischen Plänen. Vielleicht können eines Tages die britischen Labourminister beweisen, dass in Jalta etwas anderes beschlossen wurde, als die Russen heute in diesen weiten Räumen befürworten. Dann ist Moskau moralisch geschlagen. Vorderhand aber handelt es so, als ob es rechtmässig handle und zunächst auf Konzessionen der andern warte.

Dieser Tage hat in Kopenhagen eine russische Persönlichkeit die Räumung Bornholm durch die russische Be-

satzung davon abhängig gemacht, dass die Engländer sich vom Kieler Kanal zurückzögen und die Amerikaner ihren Stützpunkt Island aufgaben. Also: Räumung gegen Räumung, Rückzug gegen Rückzug. An der thrazischen Grenze der Türkei marschieren russische Elitedivisionen auf. Ein Druck soll ausgeübt werden, um die Türken und mit ihnen die Westmächte in der Meerengenfrage gefügiger zu machen. In Oesterreich, dessen Regierung Renner nun endlich von den Amerikanern und Engländern anerkannt wird, widersetzt sich der General Konjew einer Ausschaltung der massenhaft zirkulierenden deutschen Markbestände. Es sieht aus wie eine bewusste Sabotage der österreichischen Währungssanierung. Der Handel der Westmächte in Oesterreich wird dadurch verhindert, das heisst: Oesterreich kann nicht zum Abnehmer von Waren aus dem Westen werden. Die Oelvorkommen von Zistersdorf aber, an welchen auch die Engländer und Amerikaner interessiert wären, will Konjew für Russland reserviert wissen. Ein Austausch österreichischen Oels gegen tschechische Kohle wird bewusst sabotiert. Genau wie die Währungssanierung. Grund? Undurchsichtig.

In Ungarn wird von den Russen verlangt, dass sich die «Klein-Landwirte», welche aller Voraussicht nach die massive Mehrheit im Parlament erobern würden, mit den Kommunisten und Sozialisten zu einer Einheitspartei zusammenschliessen sollen. Diese Einheitspartei aber hätte der Besetzungsmacht ihre Kandidatenliste zum voraus vorzulegen. Diese merkwürdige Forderung scheint die Antwort auf die britisch-amerikanische Anerkennung der Regierung Miklos zu sein. Zweifellos dürfen die Russen vermuten, dass bei den «Kleinlandwirten» Elemente vorhanden seien, die alles andere als einen russophilen Kurs einzuschlagen gedenken. Steckten doch einige ihrer früheren Führer — heute sind sie ausgeschaltet — die Köpfe mit den Ustaschis in Kroatien zusammen. Man denke an die Fäden, die vom Marseiller Mord an Barthou und dem jugoslawischen König Alexander nach Rom und Budapest führten. Kein Wunder, dass Moskau einen extremen Sieg dieser Partei verhindern will, ganz abgesehen davon, dass sie den stärksten Wall gegen spätere allfällige Kolchosisierungsversuche in Ungarn darstellen würde. Ihre Pflicht in der Uebergangsregierung haben ihre Chefs getan, nun können sie gehen. Dass sie aber bleiben werden, weil sie gewissermassen als die Antreiber der Grossgrundbesitzverteilung geamtet haben, ist sicher, sofern sie der moralischen Unterstützung vom Westen her nicht verlustig gehen.

Die Frage ist immer wieder, ob der Westen die Hände frei haben werde, um zugunsten der Demokratien im russischbesetzten Raum zu intervenieren. Ein Stabilisierungszeichen ist der grosse Sieg de Gaulles in den französischen Parlamentswahlen . . .